

Wo bleibt die Entlastung?

Landauf, landab wird die große Zahl der Polizeibehörden auch in diesem Jahr weiter auf die dringend benötigte personelle Entlastung warten. Zum Stichtag 1. September sieht die belastungsbezogene Kräfteverteilung (BKV) bei der Polizei einen Zuwachs der Planstellen von mageren 0,63 % vor – wohlgermerkt: landesweit! Es steht zu wenig Nachwuchs bereit. „Innenminister Herbert Reul muss die Probleme in der Ausbildung endlich lösen“, drängt der neue GdP-Landesvorsitzende Patrick Schlüter.

Holger Dumke

Die Zahl der Planstellen soll landesweit auf 45.874 wachsen, ein ähnlich zartes Plus wie vor einem Jahr. Im Beamtenbereich ist, zumindest auf dem Papier, alles im grünen Bereich. Bei den Behörden soll es keine Verlierer geben. Der größte Zuwachs ist mit 41,59 Stellen im Hochsauerlandkreis vorgesehen, wo seit diesem Jahr die 24/7-Bewachung des Kanzler-Privathauses geleistet werden muss.

Vor Augen halten muss man sich allerdings, dass die BKV immer nur eine Planung ist. „Wie viele junge Kolleginnen und Kollegen alle Prüfungen bestehen und dann tatsächlich in den Behörden ankommen, das wissen wir immer erst nach dem 1. September“, gibt Patrick Schlüter zu bedenken.

Behörden, die in der Planung so gerade noch Plus stehen, könnten dann personell

ins Minus drehen. Das könnte insbesondere Landratsbehörden treffen. Ob Wessel, Oberbergischer Kreis, Höxter, Olpe, Rhein-Erft-Kreis, Unna oder Siegen-Wittgenstein: Mit Werten zwischen 0,11 und 0,42 Planstellen sind die hier in der BKV vorgesehenen Zuwächse nur marginal. Eigentlich muss man eher von Stagnation reden.

Bittere Entwicklung im Tarifbereich

Ganz bitter: die Entwicklung im Tarifbereich. Nicht nur, dass die in früheren Jahren üblichen 500 Neueinstellungen fehlen – es wurden landesweit auch noch weitere 14 Stellen gestrichen. Die Liste der Behörden zeigt hier viele Verlierer und nur vereinzelte Zuwächse. „Das ist in keiner Weise nachvollziehbar. Die Kolleginnen und Kollegen fehlen an allen Ecken und Enden“, klagt der GdP-Chef.

Was also tun?

Dringend muss die Landesregierung endlich die Ausbildungskapazitäten an die erhöhten Einstellungszahlen anpassen. Kleinere Kursstärken und bessere Betreuung, Ausrüstung, mehr digitale Angebote – die GdP hat konkrete Vorschläge gemacht. „Politik muss gewährleisten, dass alle jungen Menschen weiterhin eine erstklassige Ausbildung erfahren und sie möglichst auch erfolgreich absolvieren“, fordert Patrick Schlüter.

Klar, der Ausbau der Ausbildungskapazitäten kostet Geld. Das ist aber gut investiert, zumal die Einstellungszahlen auf längere Zeit hoch bleiben müssen – wenn es die Politik denn ernst meint mit dem Personalaufwuchs, von dem sie immer wieder spricht. Bisher jedenfalls ist von Aufwuchs wenig bis gar nichts zu spüren: „Das sind alles nur Tropfen auf dem heißen Stein“, klagt der GdP-Chef. Und der Stein, er wird angesichts wachsender Aufgaben für die Polizei immer heißer ...

Alle Direktionen brauchen Verstärkung.



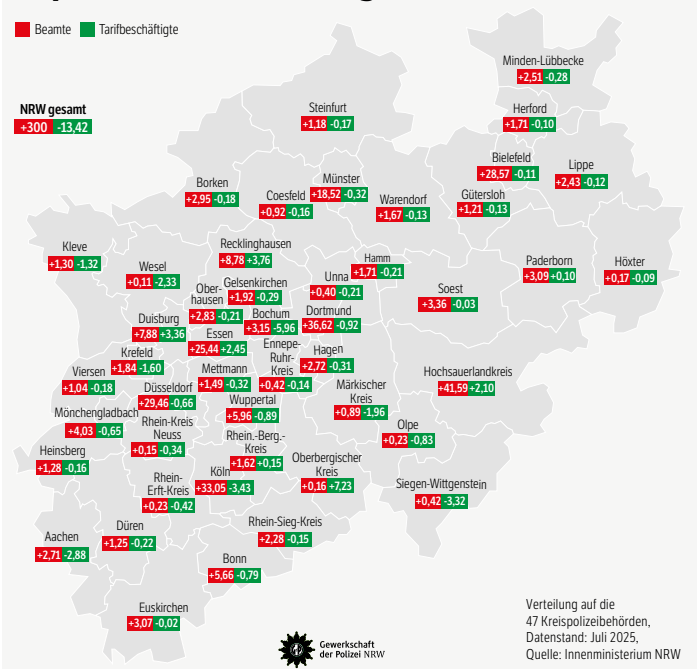


Fortsetzung von Seite 1

Apropos Geld. Weil in jedem Einstellungsjahrgang Hunderte Kommissaranwärter ihre Ausbildung nicht beenden und vorgesehene Planstellen nicht antreten, werden enorme Summen im Haushalt nicht abgerufen. Die GdP will nicht, dass dieses Geld im Etat versickert. Schließlich war es ja aus guten Gründen für die Stärkung der Polizei vorgesehen. Die GdP regt deshalb an, dass dafür Tarifbeschäftigte eingestellt oder Sachinvestitionen getätigt werden.

„Tarifkolleginnen und -kollegen können der Polizei helfen – und das sofort“, erklärt Patrick Schlüter. Er erinnert daran, dass im schwarz-grünen Koalitionsvertrag ausdrücklich die Rede ist von „3000 Polizeikräften“, die man jedes Jahr einstellen werde: „Neben Beamten in Vollzug und Verwaltung schließt dieser Begriff die Möglichkeit der Einstellung von Tarifbeschäftigten mit ein.“ ■

Geplante Kräfteverteilung 2025



Auch 2026 noch mal hohe Pensionierungszahlen

Die Demografie fordert ihren Tribut. Das NRW-Innenministerium rechnet auch im nächsten Jahr noch mal mit einer hohen Zahl von Pensionierungen bei der Polizei, erwartet wird sogar ein Anstieg. Das geht aus den Antworten auf eine Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag hervor.

Gerechnet wird damit, dass 2026 insgesamt 1.616 verbeamtete Kolleginnen und Kollegen in den verdienten Ruhestand gehen, nach 1.555 im laufenden Jahr. Für 2027 wird bei der Polizei von knapp 1.200 Pensionierungen

ausgegangen und in den beiden Folgejahren nur noch von jeweils etwas über 1.000.

Somit könnte ab da angesichts hoher Einstellungszahlen ein relevanter Personalaufwuchs erfolgen – wenn genügend Nachwuchs aus der Ausbildung nachrückt. Mit Sorge blickt die GdP allerdings aufs Einstellungsjahr 2026: Durch die Rückumstellung der Gymnasien von G8 wieder auf G9 werden dann landesweit nur etwa halb so viele Abiturienten zur Verfügung stehen. Das wird sich bei der Bewerberzahl bemerkbar machen. ■



Die Polizeimütze an den Nagel hängen – auch 2026 bleibt die Zahl der Pensionierungen hoch. Foto: Stephan Baumgarten/GdP

Warum eine gute Personalausstattung so wichtig ist



„Läuft bei der Polizei ...“ Das werden viele Bürgerinnen und Bürger denken, wenn die Landesregierung stolz darauf verweist, dass sie jedes Jahr 3.000 junge Leute bei der Polizei einstellt. Endlich sorgt die Politik für das nötige Personal bei der Polizei! Dieser Eindruck entsteht, und er ist gewollt. Dass von den jungen Leuten mehr als jeder Fünfte in der Ausbildung auf der Strecke bleibt, sagt die Landesregierung zwar auch – aber leiser. Und oft nur auf Nachfrage.

Wir alle wissen, wie die Realität in den Wachen, Kommissariaten, beim Verkehrsdienst und in den Büros von ZA aussieht: Personalmangel allerorten! Es kommen immer noch viel zu wenige junge Leute in den Behörden an, während altersbedingt viel Erfahrung geht. Das Innenministerium kennt diese Realität auch. Es tut aber nichts, um die Lage wirksam zu verbessern. Stattdessen wird Knappheit verwaltet. Ein Beispiel aus dem Juni zeigt, wie knapp vor Ort alles ist.

Massenschlägerei mit mehr als 100 Beteiligten von jetzt auf gleich in Heiligenhaus bei Düsseldorf – und das ausgerechnet an einem Sonntagabend! Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreis

Mettmann bekommen die Lage mit massiver Verstärkung von außerhalb unter Kontrolle. Sie werden unterstützt – jetzt kommt eine lange Liste – von Kräften aus Köln, Neuss, Essen, Bochum und sogar Bergheim. Außerdem kreist ein Hubschrauber.

Herausforderung gemeistert, wieder einmal. Ein zweites oder gar drittes Ereignis in räumlicher Nähe mag man sich aber nicht vorstellen. Polizei muss immer reaktionsfähig sein! Für uns als GdP ist dabei klar: Eine gute Personalausstattung ist die Grundlage für gute Arbeitsbedingungen. In NRW sind wir von diesem Punkt meilenweit entfernt. Herr Reul, sorgen Sie für Entlastung!

P. Schlüter

Patrick Schlüter,
Landesvorsitzender



Drei Menschen verloren bei dem furchtbaren Anschlag ihr Leben, acht weitere wurden verletzt.

Foto: Imse/Bakir/GdP

Ein Jahr nach dem Anschlag von Solingen

Am 23. August jährte sich der Anschlag von Solingen zum ersten Mal. Ein damals 26-jähriger Syrer stach auf einem Stadtfest auf Umstehende ein. Drei Menschen starben, acht weitere erlitten teils lebensgefährliche Verletzungen. Die Bluttat von Solingen muss ein Wendepunkt sein: „Innere Sicherheit muss jetzt Priorität Nr. 1 haben!“ Und, hat die Politik sich das zu Herzen genommen?

„Nein, auch wenn es Schritte in die richtige Richtung gab“, sagt GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlüter. Zwar sei Geld für Sachinvestitionen bereitgestellt worden – wie eine eigene KI für die Polizei. Die Anschaffungen waren aber zum Teil ohnehin fällig, mitunter

auch überfällig. Richtig auch, dass rechtliche Befugnisse erweitert werden – etwa mit der aktuellen Novelle des Verfassungsschutzgesetzes. An anderer Stelle allerdings fehlen erweiterte Befugnisse weiter. Die beabsichtigte Anschaffung einer Gesichtserkennungssoftware liegt auf Eis. Die nötige Rechtsgrundlage für deren Einsatz gibt es bisher nicht.

Kaum mit Personal hinterlegt

Grundproblem des Sicherheitspakets der Landesregierung ist aus GdP-Sicht, dass es kaum mit zusätzlichem Personal hinterlegt

ist. Es sind lediglich 15 Planstellen vorgesehen für Verwaltungsbeamte zur „Stärkung der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung“ – und das war's.

Alles Weitere muss mit Personal aus dem Bestand gestemmt werden, das dann anderswo fehlt. Das gilt zum Beispiel für die 100 Kolleginnen und Kollegen, die jetzt auf „Digitale Streife“ gehen sollen. Für die GdP stellt sich die Frage, ob Innenminister Herbert Reul hier im Kabinett schlecht verhandelt hat. „Wer es ernst meint mit der inneren Sicherheit, muss die nötigen Ressourcen bereitstellen“, mahnt Patrick Schlüter.

Holger Dumke

GdP rüstet sich für Tarifrunde

Ja, is' denn schon wieder ... Tarifrunde? Noch nicht, aber bald. Die GdP richtet sich auf harte Verhandlungen ein. „Die berechtigten Belange derjenigen, die in diesem Staat für Sicherheit sorgen, scheinen aus dem Blick geraten zu sein. Wir werden das geraderücken“, kündigt Alex Engler an. Sie ist Vorsitzende der Tariffkommission bei der GdP NRW.

Am 3. Dezember startet die erste Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Der zweite Durch-

gang ist für den 15. und 16. Januar angesetzt. Die dritte (und in der Vergangenheit meist entscheidende) Runde ist für den 11. und 12. Februar vorgesehen.

Die GdP NRW rüstet sich gewohnt frühzeitig. Beim Landesbezirk hat eine Lenkungsgruppe die Arbeit aufgenommen, die die Vorbereitungen koordiniert. Aktuell läuft eine Abfrage bei den Kreisgruppen zu ihren Vorstellungen für die Tarifforderung. Die GdP wird im Oktober über die Forderung beraten, zunächst in NRW, dann mit

der Bundestarifkommission. Und am 17. November soll die gemeinsame Forderung der DGB-Gewerkschaften verkündet werden.

Klar ist: „Solidarischer Zusammenhalt ist wichtiger denn je – wir werden für unsere Anliegen kämpfen müssen“, kündigt Alex Engler an. Wer bislang noch nicht gewerkschaftlich organisiert ist, ist aufgefordert, sich bei der GdP einzureihen. Alex' Appell: „Kommt zu uns, bringt euch ein! Unsere Gewerkschaft ist die starke Stimme der Polizeibeschäftigten!“ ■

Wir brauchen einen Ruhestandskorridor – jetzt!

Die GdP fordert die Landesregierung auf, endlich Beratungen über einen Ruhestandskorridor aufzunehmen. Ein solcher Korridor soll es Polizeibeamtinnen und -beamten ermöglichen, zwischen dem 57. und dem 65. Lebensjahr in den Ruhestand zu gehen – entsprechend persönlicher Bedürfnisse. Bislang drückt sich die Landesregierung vor einer solchen Regelung. Sie handelt sich stattdessen mit freiwilligen, individuellen Lebensarbeitszeitverlängerungen von einem Jahr zum nächsten.

Für das Jahr 2026 stehen bei der Polizei NRW wieder 220 Ausgleichsstellen für eben solche Lebensarbeitszeitverlängerungen zur Verfügung – das sind genauso viele wie im Vorjahr, aber erfahrungsgemäß deutlich weniger als Bedarf. Das ist unbefriedigend! Die Ausgleichsstellen sind wichtig, damit jüngeren Jahrgängen durch die Lebensarbeitszeitverlängerungen keine Beförderungsnachteile entstehen. Die Ausgleichsstellen für 2026 im Einzelnen: 40 x A 13, 60 x A 12, 120 x A 11. ■



Jede Stimme zählt: Am 14. September ist Kommunalwahl. „Nutzt euer Recht als Bürgerin und Bürger und gebt eure Stimme einer demokratischen Partei, denn Kommunalpolitik prägt direkt euer Lebensumfeld“, appelliert GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlüter.

Foto: Archiv



WE GO BEYOND TO ENABLE TRANSFORMATION

Bei Evonik denken wir über die Chemie hinaus, um gemeinsam mit unseren Kunden innovative, wertschöpfende und nachhaltige Lösungen zu schaffen – zum Beispiel Lipide für die Arzneimittel von morgen, Biotenside für umweltfreundliche Waschmittel, Additive für das Kunststoffrecycling oder Membranen für die Energiewende. Alles, was wir tun, hat das gleiche Ziel: das Leben zu verbessern, heute und morgen. We go beyond to enable transformation. Weitere Informationen unter [leadingbeyondchemistry.com](https://www.leadingbeyondchemistry.com)



Die GdP NRW lebt vom ehrenamtlichen Engagement ihrer vielen Mitglieder. In der Serie „Stark durch Euch“ stellen wir einige davon beispielhaft vor.



Kirsten Böhm-Salewski – 20 Jahre für die Kolleginnen

Wenn Kirsten Böhm-Salewski erzählt, dann klingt da viel Erfahrung mit, aber auch ein ehrliches Stück Leidenschaft. Drei Jahrzehnte im Dienst, davon zwei Jahrzehnte mitten in der Gewerkschaftsarbeit. Eine Frau, die nie den einfachen Weg gegangen ist, sondern immer gefragt hat: Was können wir besser machen?

Imsel Bakir

1991 hat Kirsten vom Schreibtisch der Stadtverwaltung Düsseldorf ins Polizeipräsidium Düsseldorf gewechselt. „Ich habe meine Ausbildung bei der Stadt absolviert, aber die Polizei hat mich gereizt. Ich wollte etwas bewegen – und das nicht nur für mich, sondern für alle, die hier arbeiten.“ Der Gedanke der Solidarität war für sie nie nur ein Wort. Schon bei der Stadt war sie Mitglied in der ÖTV, dem Vorläufer von ver.di. „In meinem Elternhaus war klar: Gewerkschaft heißt Zusammenhalt. Also war es selbstverständlich, zur GdP zu gehen, als ich zur Polizei wechselte.“

Und Kirsten blieb nicht einfach nur Mitglied. Sie wollte gestalten, wollte mitreden. 1996 begann sie als Ersatzmitglied im Personalrat, vier Jahre später war sie fest drin. Später wurde sie Vorsitzende. „Was die GdP für mich ausmacht, ist nicht nur der hervorragende Rechtsschutz. Es ist dieses Gefühl: Du bist nicht allein. Da ist jemand, der zuhört, der hilft auch bei den kleinen oder großen Dingen, die den Berufsalltag im Dienst leichter machen.“

Wer Kirsten kennt, weiß: Wenn sie ein Thema anpackt, dann richtig. Eines dieser Themen war das Entsorgungskonzept bei Großeinsätzen. „Das klingt unspektakulär, war aber ein riesiges Problem. Kolleginnen haben bewusst weniger getrunken, um nicht zur Toilette zu müssen. Manchmal haben sie sich selbst behelfsmäßige Lösun-



Kirsten in ihrem Element: die Vorsitzende der GdP-Frauen beim Frauensymposium 2024 – engagiert, klar und mit Blick nach vorn.

Foto: Imsel Bakir/GdP

gen gesucht. Das war unwürdig.“ Gemeinsam mit dem Landesfrauenvorstand ging Kirsten das Thema an, führte Gespräche bis in den Landtag, diskutierte mit Politikerinnen und Politikern, argumentierte, blieb dran, ließ nicht locker. „Das hat mehr als zehn Jahre gedauert. Aber am Ende hatten wir einen Erfolg: Es gibt heute Toilettenwagen. Und das kommt allen zugute, nicht nur den Frauen.“

Frauengesundheit ist kein Nebenthema

Dass sie hartnäckig ist, hat Kirsten auch bei anderen Themen bewiesen. Aktuell setzt sich der Landesfrauenvorstand, den

sie seit 2017 als Vorsitzende führt, für Frauengesundheit ein. „Da gibt es großen Nachholbedarf. Wir wollen, dass darüber gesprochen wird. Gesundheit ist kein Nebenthema.“

Dass Frauen in der Polizei heute selbstverständlich sind, erfüllt Kirsten mit Stolz. „Als ich angefangen habe, waren wir noch eine Ausnahme. Heute haben wir Jahr für Jahr viele Anwärterinnen. Das ist großartig. Und wichtig ist: Frauen bei der Polizei, das sind nicht nur Vollzugsbeamtinnen. Das sind auch Verwaltungsbeamtinnen und Tarifbeschäftigte. Wir gehören alle zusammen.“

Im kommenden Jahr wird sich der Landesfrauenvorstand neu aufstellen. Nach 20 Jahren Mitarbeit wird Kirsten nicht mehr kandidieren. „Es ist Zeit für neue Köpfe, neue Ideen. Ich wünsche meinem Nachfolgerteam alles Gute und die Kraft, diese wichtige Arbeit fortzuführen.“

Die GdP NRW sagt Danke. Danke für Beharrlichkeit, für klare Worte, für Herzblut. Danke für zwei Jahrzehnte Einsatz für Kolleginnen und Kollegen. Wer Kirsten kennt, weiß: Sie hat Spuren hinterlassen.

Privat genießt sie das Leben mit ihrem Mann und den zwei inzwischen erwachsenen Kindern. Sie liebt es, zu kochen und zu backen, tanzt gern und geht ins Theater, wann immer es die Zeit zulässt. „Und Comedy-Abende mag ich auch“, sagt sie und lacht. Vielleicht, weil Humor neben Beharrlichkeit eine Eigenschaft ist, die man braucht, wenn man 20 Jahre lang Gewerkschaftspolitik macht.

Ihre letzten Worte im Interview könnten nicht passender sein für diese herausfordernde Welt, in der wir uns gerade alle bewegen. „Solidarität ist kein Schlagwort. Sie ist ein Versprechen. Wenn wir zusammenhalten, können wir Dinge positiv verändern. Das habe ich in all den Jahren immer wieder erlebt.“ ■



Neuer Seniorenvorstand gewählt

Der neue Landesseniorenvorstand ist gewählt und startet mit frischem Elan in die kommenden vier Jahre. An der Spitze steht Norbert Latuske als Vorsitzender, unterstützt von seinem Stellvertreter Manfred Swienty und Schriftführer Hans Günter Bentler. Gemeinsam mit den Beisitzerinnen und Beisitzern Klaus Büscher, Dieter Dorn, Renate Feldmann, Uwe Fischer, Petra Nentwich und Bernd Schwarzbich setzen sie sich für die Interessen unserer Seniorinnen und Senioren in der GdP ein.

Norbert Latuske: „Gemeinschaft endet nicht mit der Pensionierung“

Frisch gewählt und voller Tatendrang. Norbert Latuske übernimmt das Amt des Vorsitzenden der Landesseniorengruppe NRW. Wir haben ihn kurz nach seiner Wahl getroffen, um mehr über ihn, seine Pläne und die Arbeit der Seniorengruppe zu erfahren. Norbert ist 63 Jahre alt, geboren in Mülheim an der Ruhr, verheiratet und stolzer Vater von drei Kindern sowie Großvater von sechs Enkelkindern. Heute lebt er in Köln. Seit seinem Eintritt in die Polizei im Jahr 1979 ist er GdP-Mitglied. Dienstlich führte ihn sein Weg vom mittleren Dienst in Köln bis in die Laufbahngruppe 2.2 mit Stationen beim PP Köln, dem LR Düren, PP Duisburg und zuletzt beim PP Düsseldorf. 2024 trat er in den wohlverdienten Ruhestand. Ehrenamtlich engagiert er sich bei der Kölner Tafel und dem Verein „Radeln ohne Alter“.

Ab wann gilt man in der GdP als Senior und was bietet die Seniorengruppe?

Norbert Latuske: Ein festgelegtes Alter gibt es in der Satzung nicht. Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Rentnerinnen und Rentner sowie Hinterbliebene gehören auto-

matisch zur Seniorengruppe. Mitglieder können ab 60 Jahren auf Antrag beitreten und schon ab 55 Funktionen übernehmen. Die Seniorengruppe ist mehr als ein Treffpunkt. Wir unterstützen bei Renten-, Beihilfe- und Versorgungsfragen, bieten Seminare zur Ruhestandsvorbereitung und gewährleisten weiterhin Rechtsschutz. Besonders geschätzt wird das Konzept der Ansprechpartner Senioren, die in vielen Lebenslagen individuell helfen. Das schafft Sicherheit und Vertrauen.

Was willst du gemeinsam mit deinem Vorstandsteam erreichen?

Norbert Latuske: Unser Ziel ist es, die bewährte Arbeit des bisherigen Teams fortzuführen und weiterzuentwickeln. Das Konzept der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner Senioren wollen wir festigen und gegebenenfalls ausbauen. Inhaltlich werden wir uns um Themen kümmern, die für alle Seniorinnen und Senioren relevant sind, wie Beihilfe, private Krankenversicherung und Pflege. Angesichts der aktuellen Diskussionen zur Bürgerversicherung müssen wir wachsam bleiben,

um Nachteile für Versorgungsempfänger zu verhindern. Außerdem werden wir die kommenden Tarifverhandlungen der Länder solidarisch begleiten und uns im Bedarfsfall klar positionieren. Die Stimme der Seniorinnen und Senioren soll dabei hörbar bleiben. Gemeinschaft endet nicht mit der Pension.

Warum bleiben so viele ehemalige Polizeibeschäftigte über die Seniorengruppe eng mit der GdP verbunden?

Norbert Latuske: Weil die GdP auch nach dem aktiven Dienst für ihre Mitglieder da ist. Die Arbeit hört nicht mit der Pensionierung auf. Viele Fragen entstehen erst dann, etwa zur Versorgung oder Pflege. Hier bieten wir konkrete Hilfen, sei es in Form von Seminaren, individueller Beratung oder regelmäßigen Treffen. Diese Treffen schaffen nicht nur fachlichen Austausch, sondern auch persönliche Nähe. Viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen schätzen diese Gemeinschaft und entscheiden sich sogar, aktiv in der Seniorenarbeit mitzuwirken. Das zeigt, wie stark das Gefühl der Solidarität in der GdP ist.

Wir danken Norbert Latuske für das Gespräch und wünschen ihm eine glückliche Hand und viel Erfolg in seiner Amtszeit. ■

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Holger Dumke (V.i.S.d.P.)
Imseil Bakir
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
holger.dumke@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 29. August.

Nach dem Urlaub ist vor dem Urlaub...

Buchen Sie Ihre Reise in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft für Sie auszahlt.



GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen





Glücksnummern des Monats
Die Gewinner im September erhalten einen
Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 57999, Ennepe-Ruhr
45 06157, Köln
45 36869, HSK

„Einfach waren Sie nicht“

Nach 46 Dienstjahren bei der Polizei hat unser bisheriger Landesvorsitzender Michael „Mecky“ Mertens seine Ruhestandsurkunde entgegengenommen. Innenminister Herbert Reul (CDU) überreichte die Urkunde im Beisein von Landrat Frank Rock (CDU) bei einer Feierstunde im Kreishaus in Bergheim. Zahlreiche hochrangige Vertreter der Polizei waren zugegen.

Bei der Rede von Herbert Reul wurde deutlich: Die beiden haben öfter telefoniert und gesprochen, als man vielleicht glauben mag. Reul fand sehr anerkennende Worte, würdigte Mecky als jemanden, der „sich auf Polizei und Politik versteht“, und sein stetes Bemühen um die Sache. „Aber einfach waren Sie nicht“, stellte der Minister auch fest – ein Kompliment für einen Gewerkschaftsführer. Anders wär's schlecht ...

Reul lobte ausdrücklich Meckys Einsatz für einen breiten parlamentarischen Rückhalt der Polizeigesetznovelle und den Kompromiss bei der Polizeiausbildung. Nicht bei allen Themen habe man zusammengefunden (Stichwort: Bagatellgrenze), manchmal habe eine Einigung länger gedauert. Reul zeigte sich überzeugt: „Ihr Wirken wird weiter Bestand haben!“ **Holger Dumke**



In Beisein von Landrat Frank Rock bekam Mecky Mertens seine Ruhestandsurkunde von Innenminister Herbert Reul.

Foto: Oliver Bellendir/GdP

Jobräder: Endlich Bewegung

Land in Sicht bei den „NRW-Jobrädern“: Die Suche nach einem Dienstleister für ein Onlineportal läuft, über das Landesbedienstete die Räder dann leasen können. In 2026 soll das Angebot bereitstehen. Endlich. Oder anders ausgedrückt: Es wird auch Zeit ...

Das Jobrad-Angebot ist Teil der Tarifeinigung 2023. Sie zielte ausdrücklich darauf ab, dass es ein solches Angebot für Regierungsbeschäftigte wie Beamte geben soll. Damit Beamtinnen und Beamte Jobräder bekommen können, mussten eigens rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden. Dies geschah im Herbst 2024. Die Aus-

schreibung jetzt ist europaweit erfolgt. „Das ist alles ein ziemlich zäher Prozess“, bedauert GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlüter. Als Gewerkschaft hätte man sich gewünscht, dass die Dinge schneller ins Rollen gekommen wären. Mit der Suche nach einem Dienstleister beginne nun endlich die konkrete Umsetzung: „Das freut uns sehr, weil wir wissen, dass Kolleginnen und Kollegen echt auf diese Räder warten“, erklärt Schlüter.

Die Jobräder sind freiwillig. Beschäftigte finanzieren sie selbst. Leasingraten werden direkt von den Bezügen abgebogen. ■

Nachrufe

Helmut Gustav Mannchen	18.05.1933	Recklinghausen	Erich Bettendorf	05.11.1937	Siegen-Wittgenstein
Emmy Ahrens	01.10.1927	Bielefeld	Heinz Bernd Behrendt	16.09.1957	Unna
Maria Anna Vagedes	09.11.1936	Selm	Angelika Hartmann	23.11.1953	Viersen
Hans-Gerd Zimmer	15.04.1958	Innenministerium	Hans Günter Gregorius	07.07.1933	Essen/Mülheim
Horst Biallas	16.02.1943	Ennepe-Ruhr	Agnes Dewitt	14.04.1926	Düren
Wolfgang Karl-Heinz Berger	05.12.1943	Gelsenkirchen	Hans-Werner Tönjann	05.06.1938	Borken
Norbert Schaden	24.06.1950	Essen-Mülheim	Hans Ulrich Maas	08.05.1946	Coesfeld
Robert Savelsberg	31.08.1956	Aachen	Agnes Kaumanns	25.09.1935	Heinsberg
Hans-Joachim Feldhaus	16.12.1956	Unna	Michael Streckert	02.04.1964	Bonn
Heinz Böker	25.05.1949	Gelsenkirchen	Maria-Elisabeth Pelkmann	01.01.1935	Münster
Jürgen Laabs	20.07.1946	Gelsenkirchen	Friedel Winz	14.04.1948	Olpe
Ingeborg Bergrath	09.09.1942	Aachen	Michael Westhoff	15.02.1963	Recklinghausen
Vera Bartz	06.04.1973	Köln	Manfred Fritsch	16.05.1954	Recklinghausen
Hans-Peter Sjurit	13.04.1939	Coesfeld	Kai Becker	27.12.1963	Bergisches Land
Gerd Schwittay	20.09.1937	Siegen-Wittgenstein	Günter Schröder	08.04.1937	Bielefeld
Waltraud Lingstädt	09.04.1931	Unna	Heinz Feldmann	19.01.1934	Köln
Antonie Oster	23.11.1928	Köln	Hubert Schlemmer	02.12.1943	Borken